

Rüsselsheim, den 03.06.2019

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 07.05.2019 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 26.02.2019 und am 26.03.2019

Die Niederschriften über die 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.02.2019 und die 27. Sitzung vom 26.03.2019 werden genehmigt.

TOP 2 Umzug einer ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt für Geflüchtete in die Asylbewerberunterkunft Hans-Sachs-Straße 86 DS-Nr. 515/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

I. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass die für die Nutzung durch den Verein Kontakt soziale Dienste e.V. mietzinsfrei zur Verfügung gestellten Räume in der Hans-Sachs-Straße 86 (Gemeinschaftsunterkunft) seit dem 01.06.2018 leer stehen.
2. dass die Fahrradwerkstatt-Initiative, die bisher in den Räumen der Bonhoeffer Gemeinde untergebracht war, demnächst ihr Domizil verliert.
3. dass die Fahrradwerkstatt- Initiative beabsichtigt ihr bisheriges Angebot, das ausschließlich Geflüchteten zur Verfügung stand in Richtung Hilfe zur Selbsthilfe für alle Rüsselsheimer*innen zu erweitern und sich hierfür die leerstehenden Räume in der Hans-Sachs-Str. 86 bestens eignen.

II. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt für Geflüchtete, die bisher die Räumlichkeiten der evangelischen Bonhoeffer Gemeinde in Haßloch Nord nutzen konnte, die leerstehenden Räume in der Hans-Sachs-Straße 86 metzinsfrei zur Verfügung zu stellen. Die Betriebskosten werden über das Sachkonto 7290200 (Förderung Asyl und Soziales) im Produkt 050142000 (Hilfen für Asylbewerber) gedeckt.

Protokollnotiz:

Die Initiative soll in eine Sitzung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses eingeladen werden.

TOP 3 Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 28.02.2019 -Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme DS-Nr. 506/16-21

Der Bericht gemäß Schutzschirmgesetz zum 28.02.2019 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4 Rechenschaftsbericht des Seniorenbeirats 2018 Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme DS-Nr. 507/16-21

Der Rechenschaftsbericht 2018 des Seniorenbeirats wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Abschaffung Raucherpausen Bezug: Haushaltsbegleit Antrag Nr. 69 der WsR-Fraktion zum Haushalt 2018 DS-Nr. 501/16-21

Der Stadtv. Schneckenberger begründet den vorliegenden Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität zur Thematik. Hiernach soll die bisherige Regelung bezüglich der Raucherpausen beibehalten werden. Nach Auffassung des Stadtv. Weber liegt diesbezüglich allerdings keine Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung vor. Eine entsprechende Prüfung wird zugesagt.

Die Vorlage wird im übrigen zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2019/2020 DS-Nr. 513/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass gemäß § 24 Abs. 3 SGB VIII ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, bis zum Schuleintritt besteht,
2. dass zum 01.02.2019 aufgrund der Entwicklung der Geburtenjahrgänge die Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder um 6 % auf 2.977 gestiegen ist (Anlage 1),
3. dass mit Stand 01.02.2019 stadtweit 2.389 Betreuungsplätze in städtischer, konfessioneller und freier Trägerschaft für die tatsächliche Belegung zur Verfügung stehen (Anlage 2), dies entspricht einem Versorgungsgrad von 80 %,
4. dass im Betreuungsjahr 2018/2019 noch weitere 120 Plätze zur Verfügung gestellt werden können (Anlage 4),
5. dass somit ein Versorgungsgrad von 84 % erreicht wird. (Betreuungsjahr 2018/2019; 85 %),
6. dass dann aufgrund der aktuellen Anmeldezahlen im Laufe des Betreuungsjahres 2019/20 im gesamten Stadtgebiet 298 Betreuungsplätze fehlen werden (Anlage 3),
7. dass mit der Umsetzung der Maßnahmen aus DS 325/16-21 und der Umwandlung einer Hortgruppe in Trägerschaft der WfB in eine altersgemischte Gruppe ab 3 Jahren im Betreuungsjahr 2019/2020 noch 97 Betreuungsplätze belegt werden können (Anlage 4),
8. dass danach im gesamten Stadtgebiet noch 201 Betreuungsplätze für bisher angemeldete Kinder fehlen werden, wofür mittelfristig weitere Maßnahmen beschlossen wurden (Anlage 4),
9. dass zur Sicherstellung der bedarfsorientierten Platzversorgung folgende Plätze umgewandelt werden und hier für 0,6 Stellen im Stellenplan 2020 angemeldet werden:
 - Kita Amselstraße
5 Plätze Grundbetreuung
in 5 Plätze Grundbetreuung mit Mittagessen
 - Kita Kohlseestraße
5 Plätze Grundbetreuung mit Mittagessen
in 5 Ganztagsplätze
 - Kita Karlsbader Straße
10 Plätze Grundbetreuung
in 5 Plätze Grundbetreuung mit Mittagessen
und 5 Ganztagsplätze

B. Beschluss

1. Der Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat für die stadtweit fehlenden Plätze mit der Prüfung und Umsetzung weiterer Interimsmaßnahmen, insbesondere im Grundschulbezirk der Grundschule Innenstadt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der Standortprüfung für einen weiteren Bauwagen für eine Naturgruppe (20 Plätze) im Grundschulbezirk Albrecht-Dürer-Schule durch Erweiterung der Einrichtung Im Apfelgarten.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit der Prüfung und anschließenden Umsetzung einer mobilen Lösung im Anschluss an das Gebäude der Kindertagesstätte Böcklinstraße; hiermit soll vorübergehend der größere Bedarf im Grundschulbezirk Albrecht-Dürer-Schule mit 20 Plätzen aufgefangen werden.

TOP 7 Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder 2019/2020 DS-Nr. 514/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem im Jugendhilfeausschuss ergänzten Beschlussvorschlag zuzustimmen.

I. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass gemäß § 24 Abs. 4 SGB VIII ein gesetzlicher Auftrag besteht, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für Schulkinder zu sorgen.
2. dass das Land Hessen laut Koalitionsvertrag (335ff.) die Schulen in Hessen in die Lage versetzen will, den mit der Einführung auf Bundesebene vereinbarten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter (2025) zu erfüllen.
3. dass für den Stellenplan des Haushaltsjahres 2020 zu den vorhandenen 16,75 Stellen 7,25 weitere Stellen in der SuE 8b (anstelle von Beschäftigungsentgelten), für die städtischen Betreuungsschulen angemeldet werden, die zur Betreuung einer Kinderzahl in Höhe von ca. 450 Kindern erforderlich sind; darin sind 20 Wochenstunden für die Funktion stellvertretender Leitungen enthalten.
4. dass von 1.107 im Schuljahr 2018/19 zur Verfügung stehenden Plätzen in Betreuungsschulen in städtischer Trägerschaft, in Horten in städtischer und freier Trägerschaft, bei Fördervereinen oder an Grundschulen derzeit 1.064 Betreuungsplätze (Stand Februar 2018) belegt sind. Hierdurch wird in Rüsselsheim eine Gesamtversorgungsquote der Betreuung von Grundschulkindern von 38 % erreicht, was einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr um 3 % entspricht (Anlage 1).
5. dass die WfB ab dem Schuljahr 2020/2021 ihre Hortgruppe in eine Gruppe für Kinder unter sechs Jahren umwandeln möchte; im Schuljahr 2019/2020 wird die Hortgruppe altersgemischt geführt und bis zu fünf drei- bis sechsjährige Kinder aufnehmen.

II. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main zu beauftragen, in Vorbereitung auf den auf Bundesebene vereinbarten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter zum Jahr 2025 eine Planung zur schrittweisen Erhöhung der Betreuungskapazitäten vorzulegen und dabei die mögliche Förderung des Landes und die Auswirkungen auf personelle Ressourcen und bauliche Veränderungen darzulegen.
2. für das Schuljahr 2019/2020 eine Platzkapazität von insgesamt 455 Betreuungsplätzen für Grundschulkinder an städtischen Betreuungsschulen zur Verfügung zu stellen (Schuljahr 2018/2019 457 Plätze, Anlage 2).
3. für das Schuljahr 2019/2020 eine Platzkapazität von insgesamt 565 Betreuungsplätzen für Grundschulkinder in Ganztags- und Betreuungsangeboten von Schulen, sowie bei Fördervereinen zu bezuschussen, was eine Steigerung um 30 Plätze im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (Anlage 3).
4. den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main mit der Prüfung zu beauftragen, wie die Betreuungsquote erhöht und angeglichen werden kann in den Bezirken mit niedriger Quote und das noch bevor der Rechtsanspruch wirksam wird.

TOP 8 Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 - 2021 hier: Stellvertretung für Die Linke/Liste Solidarität Fraktion DS-Nr. 508/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt Herrn Heinz-Jürgen Krug, Dr.-Ludwig-Opel-Straße 59, 65428 Rüsselsheim, als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

TOP 9 Nachbenennung von Mitgliedern für die Schulkommission Bezug: DS 61/16-21 - Bildung der Schulkommission DS-Nr. 503/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt nachfolgende Mitglieder und Stellvertretungen in die Schulkommission der Stadt Rüsselsheim am Main:

Stadtschulelternbeirat Rüsselsheim am Main

Vertretung bereits ernannt	- Grundschule -	Stellvertretung Angelika Warth
Vertretung Sonia Brito Kantic	- Förderschulen -	Stellvertretung Julia Fritsch

TOP 10 Anfragen und Mitteilungen

Auf die Frage des Stadtv. Tollkühn nach den Planungen zum Eingemeindungsjubiläum Bauschheim in 2020 gibt der Oberbürgermeister einen kurzen Sachstandsbericht und kündigt eine entsprechende Drucksache an.

Die Frage von Herrn Tollkühn nach dem Stand der Haushaltsgenehmigung 2019 wird von Herrn Stury, Fachbereich Finanzen, beantwortet.

Die Stadtv. Steinborn erinnert an die Aktion „Stadtradeln“ und appelliert an eine rege Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung. Bzgl. der Sperrung des Mainuferradwegs bei Veranstaltungen fragt sie des Weiteren nach anderen Lösungsmöglichkeiten. Der Oberbürgermeister berichtet, dass etwaige Alternativen zur Zeit geprüft werden.

Frau Stadträtin Flörsheimer schließt sich dem Aufruf zur Teilnahme am Stadtradeln an und berichtet in diesem Zusammenhang von der Initiative „Radfahren neu entdecken“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (<https://www.radfahren-neu-entdecken.de/>), wonach u.a. E-Bikes für 4 Wochen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden können.

Der Vorsitzende verweist auf den Antrag zum papierlosen Arbeiten und nimmt Bezug auf den umfangreichen Wahlbericht, der digital hätte zur Verfügung gestellt werden sollen.